

---

12.02.2017 – 15:20 Uhr

## **Eidgenössische Volksabstimmung vom 12. Februar 2017: GastroSuisse besorgt über Nein zur USR III**

Zürich (ots) -

GastroSuisse ist besorgt über die drohenden Folgen des Neins zur USR III. Eine Schwächung des Arbeitsplatzes Schweiz muss jetzt unbedingt verhindert werden. Die neue Gesetzesvorlage darf nicht zu Lasten der heimischen KMU gehen.

Die USR III hätte die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Schweiz erhöht und Grossunternehmen in der Schweiz gehalten. Die heutige Ablehnung der Steuerreform bedeutet grosse Unsicherheit für die Wirtschaft und gefährdet den Wirtschaftsstandort Schweiz. Eine Abwanderung der Grossunternehmen und drohende Arbeitsplatzverluste und Steuerausfälle müssen verhindert werden. Die Schweizer KMU dürfen nicht die Zeche zahlen müssen. "Insbesondere in der heutigen Wirtschaftslage sind Unsicherheiten und höhere Steuern Gift für das Gastgewerbe", mahnt Casimir Platzer, Präsident von GastroSuisse. Eine neue Gesetzesvorlage darf Steuerausfälle nicht durch höhere Abgaben für kleine Unternehmen kompensieren.

GastroSuisse ist der Verband für Hotellerie und Restauration in der Schweiz. Rund 20'000 Mitglieder, davon gegen 2500 Hotels, organisiert in 26 Kantonalverbänden und vier Fachgruppen, gehören dem grössten gastgewerblichen Arbeitgeberverband an.

Kontakt:

GastroSuisse, Casimir Platzer, Präsident  
Telefon 044 377 53 53, [communication@gastrosuisse.ch](mailto:communication@gastrosuisse.ch)

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100007695/100798948> abgerufen werden.